

### Kleine schriftliche Anfrage

#### Welche Forderungen des „Rettet die Bienen“-Volksbegehrens in Bayern setzt die SPD-geführte Landesregierung um?

Anfrage von Christian Meyer, Imke Byl und Miriam Staudte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vorbemerkung:

In Bayern wurde ein von Umweltverbänden, Ökolandwirtschaftsverbänden, Grünen und SPD unterstütztes Volksbegehren zum Stopp des Artensterbens insbesondere bei Insekten von mehr als 1,745 Mio Menschen unterstützt. Diese Unterschriften für ein neues Naturschutzgesetz für mehr Artenschutz und die Agrarwende waren eines der größten Volksbegehren in der Geschichte der Bundesrepublik. Zur Rettung der Insekten wird gesetzlich u.a. gefordert:

- Staatliche Flächen ab 2020 nur noch ökologisch ohne Einsatz von Pestiziden und Kunstdünger zu bewirtschaften
- Den Ökologischen Landbau bis 2025 auf 20 Prozent und bis 2030 auf 30 Prozent zu erhöhen
- Ab 2022 keine Pestizide mehr auf Dauergrünlandflächen einzusetzen
- Bei der künstlichen Beleuchtung nur noch insektenfreundliche Beleuchtung einzusetzen und Himmelstrahler zu verbieten
- Einen 5 Meter breiten Gewässerrandstreifen ackerbaulich zu nutzen
- Einen Biotopverbund von mindestens 10 % Offenland bis zum Jahr 2023 zu schützen
- Den Einsatz von Pestiziden in Naturschutzgebieten zu verbieten
- Alleen an öffentlichen oder privaten Verkehrswegen nicht zu beseitigen
- Ein Grünlandumbruchverbot zu erlassen

Die SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen hat unter der Überschrift „Rettet die Bienen‘ mobilisiert in Bayern Hunderttausende – SPD-geführte Landesregierung setzt sich für Insekten- und Artenschutz ein“ das Volksbegehren begrüßt und der Landesregierung in Bayern wegen ihrer Nichtumsetzung von Maßnahmen kritisiert: „Die ungeheure Mobilisierung in Bayern zeigt, dass der Artenschutz und die Förderung von Artenvielfalt gesamtgesellschaftliche Themen sind, die die Menschen bewegen. Aus unserer Sicht handelt die bayrische Landesregierung fahrlässig, wenn sie dies weiter ignoriert“.

Am 3.4.2019 kündigte die bayrische Landesregierung an, das Volksbegehren 1 zu 1 als Gesetz zu übernehmen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Forderungen aus dem Bienenschutz-Volksbegehren in Bayern wird die SPD-geführte Landesregierung in Niedersachsen im Einzelnen umsetzen (bitte einzeln auflisten)?
2. Welche konkreten gesetzlichen Regelungen aus dem Bienenschutz-Volksbegehren werden abgelehnt?

3. Wann bringt die SPD-geführte Landesregierung zur Umsetzung von mehr Bienenschutz ein neues Naturschutzgesetz, ein neues Wassergesetz und ein Grünlandschutzgesetz in den niedersächsischen Landtag ein?